

Wolfgang Kahl

Stand 07-08-2009

Bürgergesellschaft in der Krise?

Die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Deutschland

Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung am 26. Mai 2009 in Berlin

Bericht und Einordnungen

Wolfgang Kahl

Die vom Begründer der akademischen (Makro-)Soziologie Emil Durkheim Ende des 19. Jahrhunderts gestellte zentrale Frage nach dem sozialen Band (*lien social*), das die Gesellschaft zusammenhält, hat bis heute nicht an Aktualität verloren. Heute wie damals geht es um Grundlagen und Formen menschlichen Zusammenlebens, um soziale Integration, jetzt unter den Bedingungen sich immer weiter ausdifferenzierender Gesellschaften vor dem Hintergrund von politischer Europäisierung sowie ökonomischer und kultureller Globalisierung.

In der Einladung zu der am 26. Mai 2009 von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veranstalteten Tagung zur „Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ betonte bpb - Präsident Thomas Krüger, dass die akademisch scheinende Fragestellung für die reale Politik und die Zukunftsfähigkeit des Landes strategische und praktische Bedeutung hat: „Eine mögliche >Erosion< des gesellschaftlichen Zusammenhalts kann und darf nicht hingenommen werden.“

Das Symposium hatte das Ziel, einen Diskurs zu den Bedingungen, Faktoren, Bindungskräften zu führen, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmachen bzw. die Gesellschaft auch auseinander treiben können.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, Professor Dr. Richard Schröder und Dr. Rüdiger Safranski haben zunächst ihre Befunde zum Stand und zur zukünftigen Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Deutschland aus unterschiedlichen Blickwinkeln dargestellt und diskutiert. Teilnehmer des anschließenden Podiums waren der Soziologieprofessor Dr. Heinz Bude, der Journalist Hans-Ulrich Jörges, die Pädagogin Sanem Kleff und die Personalentwicklerin Pertra Künkel. Das Gespräch moderierte Anke Plättner vom Sender Phoenix.

In seiner Begrüßung stellte Thomas Krüger klar, dass es zunächst einer demokratischen Verfasstheit, eines wertegebundenen rechtlichen Rahmens, eines in dieser Weise festgeschriebenen übergreifenden einheitlichen Wertekonsenses bedarf, um dem gesellschaftlichen Zusammenhalt unbedenklich eine positive Bedeutung beimessen zu können und ihn guten Gewissens zu einem Ziel präventiver, zukunftsorientierter Gestaltung erklären zu können.

Das Symposium sollte Zusammenhänge und Gestaltungsmöglichkeiten über das tagesaktuelle politische Geschäft hinaus aufzeigen, jenseits der Mechanismen und Sachzwänge des Krisenmanagements. Diesem Anspruch konnten die Beiträge ohne Zweifel gerecht werden, von denen folgend in der Gegenwartsform berichtet wird.

Wolfgang Schäuble referiert zunächst zu Konzept und Wirklichkeit der offenen Bürgergesellschaft: „Als Zivilgesellschaft fördert sie Zusammenhalt über gemeinschaftliches Engagement und Teilhabe an der politischen Ordnung. Als marktbasierter Gesellschaft fördert sie Zusammenhalt über die Teilhabe an einer sozial abgedeckten Marktwirtschaft, die Chancen auf Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten bietet und die aus dem Erfolg eine Hinwendung zu weniger Starken möglich macht.“ Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Entwicklungen wie etwa im Hinblick auf Mobilität, Individualisierung und Virtualisierung verringerten die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement, wie auch Vertrauensverluste in die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer Ordnung und in ihre Akteure, insbesondere wenn in Krisenzeiten einige Akteure ihr Maß für Einkommen und beim Konsum verlieren.

Eine weitere Gefahr sieht der Minister im Zusammenhang mit der Frage, wie die Bürger Konflikte untereinander austragen:

„Es muss uns mit Sorge erfüllen, dass wir derzeit in unserer Gesellschaft Entwicklungen erleben, die sich von der bürgerlichen Kultur der Konfliktaustragung verabschieden. Das gilt für die zu hohe Gewaltbereitschaft und Gewaltkriminalität gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden und das gilt für die Zunahme extremistischer Einstellungen und Straftaten. ...

Was eine moderne, in sich vielgestaltige Gesellschaft zusammenhält, hat also auch damit zu tun, Konflikte auszuhalten und darauf vorbereitet zu sein; es hat mit Bindekräften wie Toleranz, Respekt, Vertrauen und Empathie zu tun. Das erste ist, Fremdheit und Vorbehalte abzubauen und Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu verstehen. Staat und Gesellschaft sind gefordert, Polarisierungen abzubauen und integrierend zu wirken.“

Minister Schäuble konkretisiert dann: „...aber wir können Menschen durch Erziehung, Achtung und Anerkennung, durch politische Bildung, durch vorgelebte Toleranz und durch das Bemühen um gute Lebensgrundlagen zu einem verantwortlichen Handeln anregen. Pluralität von Meinungen und Anschauungen dürfen nicht als Gefahr, sondern sollten als Ausgangspunkt für die Suche nach Gemeinsamkeiten betrachtet werden. Wir müssen uns noch intensiver damit beschäftigen, wie wir Menschen davon abhalten können, in Gewalt abzudriften. Ein Schlüssel ist das Bedürfnis nach Zugehörigkeit - gerade bei jungen Menschen ... dem entsprechend brauchen sie Vorbilder und Identifikationsangebote. ...

Es muss ein zentrales Anliegen unserer Gesellschaft sein, soziale Kompetenzen und Lebenskompetenzen von Kindern zu fördern. Zu entwerfen wäre eine Gesamtstrategie, die geeignet ist, Polarisierungen und Ausgrenzungen abzubauen und die stattdessen Zugehörigkeit vermittelt und integriert. Aus wissenschaftlichen Studien wissen wir, dass Kinder, die eine frühe Förderung erfahren haben, sehr viel besser mit ihrem Leben zurechtkommen und sehr viel weniger kriminell und gewalttätig werden.

Die Frage ist: Was konkret können und sollten Eltern, gesellschaftliche Initiativen und staatliche Einrichtungen auf diesem Gebiet tun?“

Mit dieser und weiteren Fragen zu den geeigneten Zugängen, Möglichkeiten, Mitteln und Akteuren beendete Wolfgang Schäuble seinen Beitrag mit der Erwartung, nachfolgend einige Anregungen zu erhalten.

Richard Schröder, emeritierter Professor der Theologie (Humboldt-Universität zu Berlin) und ehemaliger SPD-Politiker (1990 Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer der DDR und nach der Wiedervereinigung Mitglied des Bundestages), erkennt zwei Faktoren, die eine menschliche Gesellschaft zusammenhalten - Konsens und Gewohnheit: „... aber es bleibt offenbar der Wunsch aller Menschen, irgendwo zu Hause zu sein, sich zurechtzufinden, anerkannt zu werden, sich zugehörig zu erleben. Man kennt sich und man kennt sich aus. Für Kinder und Heranwachsende ist offenbar entscheidend, dass sie diese Erfahrung im kleinen vertrauten Kreis machen. Nur wenn sie solche Erfahrung im kleinen vertrauten Kreis machen, kann sich dieser Kreis dann auch vergrößern, sie können weltoffen werden, können auch das Fremde und Unbekannte interessant finden. Wo Kindern dieses vorenthalten wird oder weil sie den Kontext, in dem sie aufwachsen, eher als einen Kampf aller gegen aller erleben, haben es Heranwachsende ganz schwer - oder vielleicht manchmal ist es ihnen sogar unmöglich - zu einem sich in Freiheit bewegendem Menschen ohne Ressentiments heranzuwachsen.

Konsens – ich meine damit vor allen den selbstverständlichen, den man sich nicht erst in einem herrschaftsfreien Diskurs mühsam Erarbeiten muss, das ist die andere Erwartung, die Menschen offenbar immer haben. Unter gleich Gesinnten ist das Leben leichter. Seinen Ausdruck findet dieser Konsens in Sitten und Gebräuchen. Wir sollten uns über die Bedeutung von Üblichkeiten auch in unserem Alltag nicht täuschen. Es gibt eben immer noch Ärger, wenn jemand nicht grüßt ... In welchem Maß unser Zusammenleben von Üblichkeiten oder unausdrücklichen Konsens bestimmt, spüren wir am deutlichsten im Ausland, dort nämlich wo anderes üblich ist...“

Die beiden Elemente „Konsens und Gewohnheit“ leitet Schröder historisch zunächst aus den Überlegungen des Aristoteles zur Polis - der Zivilgesellschaft mit höchstens 5.000 Bürgern - ab, überträgt sie aber auch auf die modernen Großgesellschaften.

Gefahren und Hemmnisse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ergeben sich aus der anhaltenden Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels und der damit zusammenhängenden Entwertung von Erfahrung und Überlieferung. Konsumorientierung und die Verlagerung der Faktoren für den Erwerb persönlicher Anerkennung von Talent, Kompetenz und Anstrengung auf den Besitz von materiellen Werten und das Zeigen von Äußerlichkeiten, seien ebenfalls bedenkliche Störgrößen. Empathiedefizite stünden als weiteres Problem im Zusammenhang mit Gewalt und Extremismus.

Wie auch Minister Schäuble sieht Richard Schröder ein wesentliches Erfordernis für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der frühzeitigen Förderung sozialer Kompetenzen, im Erlebnis von zivilem Umgang, Fairness und Gemein Sinn. Eine humane Gesellschaft benötige gute Substrukturen, kleine Kosmen / Kieze, Nachbarschaften, Netzwerke in denen man sich zurecht und zu Hause findet. Zusammengehörigkeitsgefühle und soziale Kompetenzen der Bürger seien entscheidende Erfolgsfaktoren für eine stabile Gesellschaft.

Der Philosoph und Schriftsteller **Rüdiger Safranski** widmet seine anschließenden Überlegungen der Frage nach einer Kultur des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sinn, Werte und Moral würden nicht durch Predigten, Ethikunterricht bzw. intellektuelle Information angeeignet sondern durch stetiges Einüben, so dass sie ins „Repertoire der Gewohnheit“ übernommen würden. Ethos sei das Eingeübte, das Gewohnte, wie man wohne und wie man lebe. Safranski wirft sogleich die Frage auf, welches denn nun die „Agenturen der Einübung“ seien? Er antwortet selbst: „Natürlich das Elternhaus und die Schule. Aber nicht sie allein und sie noch nicht einmal in erster Linie. Denn die Einübung geschieht nicht nur in der Kindheit. Sie setzt sich im erwachsenen Leben fort und die mächtigste Agentur der Einübung sind die Lebenswelten, in denen man unmittelbar eingebettet ist oder die sonst unseren Lebensstil, unsere Vorbilder, unsere Orientierungen prägen. Der bedeutendste Teil der Lebenswelt ist die Wirtschafts- und Konsumwelt sowie die Medienwelt. Sie sind überaus wichtige Generatoren der Werte ... Hier werden die Werte geschaffen im doppelten Sinne, als materielle und als moralische Werte. Hier werden die Verhaltensmodelle geprägt. Deshalb kann es auch zu zerreißen den Widersprüchen zwischen den Wertesphären, in denen man lebt, kommen.“ Er benennt dann einige Widersprüche (Sparsamkeit – Konsumwahn, Leistung – Profitgier, Mobilität / Flexibilität im Erwerbsleben – Erfordernisse des Familienlebens) und fasst zusammen: „...die Werte, die sowohl der vernünftigen Entwicklung des Einzelnen dienen und den Zusammenhalt gewährleisten, hängen nicht an einem Ideen-Himmel, wovon sie herunter geholt oder herunter gepredigt werden, sondern sie stecken in den alltäglich erfahrenen Lebensverhältnissen ... Das bedeutet eben auch im ursprünglichen Wortsinne Ethos: Nicht das Archiv der moralischen Postulate, sondern die von den maßgeblichen

Lebensverhältnissen eingeübten Verhaltensmodelle.“ Überschaubarkeit sei nötig. Tradition, gemeinsame Erinnerungen, ergeben eine gemeinsame Identität.

Die Gefahr gesellschaftlicher Entsolidarisierung sieht Safranski in der Erosion von Familie und Sozialmilieus. „Sind die Fundamente unseres Zusammenhalts bedroht?“, fragt er. Tendenzen seien unverkennbar: „Partizipation beschränkt sich darauf, Steuern zu zahlen, ... als eine Art Lösegeld, mit denen man sich von allen sonstigen Verpflichtungen für das Gemeinwohl loskauft, dass überhaupt das Gemeinwohl keine wirkliche Größe im emotionalen und intellektuellen Budget der Bürger mehr ist.“

Problematisch sei in diesem Zusammenhang die Wechselwirkung von Entsolidarisierung und der ersatzweisen Fürsorge des Sozialstaates:

„Nachbarschaftshilfe, Eigeninitiative werden gelobt, aber dann, wenn man sich umhört, erfährt man, dass sie doch auch ganz schön behindernd wirken. Sozialstaat und Betreuungsindustrie verweisen oft auf ihre Professionalität. Bürgersinn erscheint dann aus deren Perspektive als gut gemeinter Dilettantismus. Das alles bleibt noch im demokratischen Rahmen und kommt der Bequemlichkeit der Klientel auch entgegen.“

In der Wirtschafts- und Finanzkrise zeige sich die Stärke des Staates, allerdings im Rahmen der fatalen Logik, die erst zur Krise geführt habe: „Mit unvorstellbaren hohen Summen gibt er Garantien, Bürgschaften, Kredite und bezahlt sie mit Schulden, also mit Werten, die erst in der Zukunft von einer künftigen Generation geschaffen werden, wie wir wissen, bezahlt sie also mit der Spekulation auf eine künftige Wertschöpfung.“ Safranski benennt die Praktiken des Wirtschaftslebens als einen entscheidenden Bereich für eine Kultur des gesellschaftlichen Zusammenhalts, plädiert für eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft mit einer stärkeren Allgemeinwohlverpflichtung der Akteure und bleibt dennoch skeptisch, ob Staat und Gesellschaft klug genug sind, aktuelle Gelegenheiten nicht zu verpassen.

Religion wird schließlich angesprochen: „Von ihr hat man gesagt, dass sie, jedenfalls in der Vergangenheit, am gründlichsten den Zusammenhang der Gesellschaft fundamentierte, allerdings auch, und das sollte man nicht vergessen, auch am gründlichsten die Verfeindungen bewirkte. Sie war Kitt und sie war das schärfste Messer, das zwischen den Menschen gelegt worden ist.“ In einer Wissensgesellschaft könne allerdings die zivilisatorische Macht der Wissenschaft nicht darüber hinwegtäuschen, „dass unsere grundlegenden Stellungnahmen zum Leben nicht wissenschaftlicher Natur sind, sondern aus Moral, Religion, Lebensgefühlen gespeist werden.“ Andererseits gäbe es in der pluralistischen Gesellschaft viele Götter, viele Wertorientierungen, eine Vielzahl von religiösen und halbreligiösen Sinnbestimmungen (säkularisierter Polytheismus): „Der eine Gott, der einmal den geistigen Zusammenhang der abendländischen Gesellschaft verbürgte, ist zersprungen in die vielen kleinen Hausgötter.“ Damit ist für ihn am Ende klar, dass

Appelle zur Stärkung religiöser gemeinschaftlicher Bindung als Zusammenhaltselement eher fraglich zu bewerten sind, weil Religion nicht funktionalistisch vermittelbar oder erzwingbar ist: „Auch und gerade für die Religion gilt, dass zumeist bei der absichtsvollen Sinnstiftung der Sinn zuerst stiften geht. Die Kraft der Religion muss schon aus ihr selbst kommen.“

Weiterhin müsse auch bedacht werden, dass sich religiöse Wertorientierungen an den Grund- und Menschenrechten zu orientieren haben, bzw. nur dadurch positiv zu sehende Bindungskraft bewirken können.

Im **Verlauf der Diskussion** auf dem später erweiterten Podium und im Publikum werden einzelne Argumente aufgegriffen und vertieft und neue Aspekte eingebracht und diskutiert.

Ganz am Schluss fragt Sanem Kleff, was eigentlich mit „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ gemeint sei, den es zu stärken gelte und plädiert für konkrete Bezüge, die Menschen in ihren Lebenslagen entwickeln. Damit wendet sie sich von Versuchen ab, den Zusammenhalt für die ganze Gesellschaft zu definieren.

Implizit haben Richard Schröder und Rüdiger Safranski ähnlich argumentiert. Mit anderen Worten (angelehnt an Emil Durkheim): Die soziale Integration moderner Gesellschaften basiert insoweit nicht allein auf einem übergreifenden einheitlichen Wertekonsens, sondern gerade auf der Vielfalt sich überschneidender und überlagernder Bezugs- und Solidaritätsgruppen. Es sind komplexe Netze, soziale Bande von unterschiedlicher Form und Reichweite, die soziale Solidarität in nicht nur sozial sondern auch kulturell differenzierten Gesellschaften garantieren.

Die Vorstellung, etwa nationale Identität über Inklusions- und Exklusionsmechanismen zu erreichen, war gar nicht zur Diskussion gestellt, weil sie bei allen innewohnend abgelehnt wird. Sofern überhaupt von übergreifenden Bezugsrahmen zu sprechen sei, dann beziehen sich diese auf die abstrakten universalistischen Prinzipien, zu denen insbesondere Menschenwürde und Menschenrechte gehören. Den Diskutanten erscheint dies als notwendige aber nicht hinreichende Dimension.

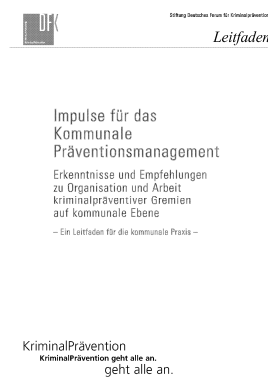
Erforderlich seien darüber hinaus Anstrengungen, um Sozialräume zu aktivieren, dort mehr politische und gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen, sie zu Anerkennungsräumen auch und gerade für die Verlierer im ökonomischen Wettbewerb zu machen. In diesem Rahmen gelte es, unterschiedliches ehrenamtliches Engagement zu fördern, Mitbestimmungsmöglichkeiten zu erweitern und auch die Migration der Zugewanderten zu unterstützen. Hier gelte es, herkunftsunabhängige Bildungschancen zu organisieren und finanziell abzusichern. Die zentrale Frage, die anschließt, lautet: Durch welche Arrangements können Bürgerinnen und Bürger zur Übernahme von Verantwortung, zu politischer Partizipation und gemeinnützigem Engagement motiviert werden (nach Herfried Münkler, Felix Wassermann)?

Gleichermaßen wird das Erfordernis betont, im Wirtschafts- und Sozialsystem entstandene Schieflagen und dort manifestierte Machstrukturen abzubauen. Zunehmende Polarisierungen und Abstände zwischen Sozialmilieus gefährden die gesellschaftliche Stabilität besonders auch im Hinblick auf Kriminalität, Gewalt, Extremismus und Entladungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise biete eine (möglicherweise bereits verpasste) Chance, den Eliten Regeln zu setzen, große Unternehmen stärker auf das Allgemeinwohl zu verpflichten und einen gesellschaftlichen Diskurs zu eröffnen, wie der „Gesellschaftsvertrag“ zukünftig aussehen soll. Die befriedende Wirkung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit, die den Erfolg der bundesrepublikanischen Gesellschaft bislang ausgemacht hat, ist evident. Eine Gefährdung des Bemühens um sozialen Ausgleich bewirkt wie kaum anderes ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Milieus. Aus integrierender Vielfalt kann dann polarisierender Antagonismus mit entsprechenden Folgeerscheinungen werden.

Die nicht weniger bedeutende individuelle Ebene soll am Ende der Darstellung zusammengefasst werden: Gesellschaftliches Zusammenleben in heutiger und zukünftiger Zeit gelingt wahrscheinlich nur dann, wenn die sozialen Kompetenzen der nachwachsenden Generationen frühzeitig und kontinuierlich gefördert werden. Professionelle Angebote entwickeln sich seit einigen Jahren dazu und können die sich ebenfalls wandelnde Erziehungsarbeit in Kindergarten, Schule, Elternhaus und Freizeitaktivitäten erheblich unterstützen.

Damit schließt sich der Kreis zwischen den großen gesellschaftspolitischen Themen und den Möglichkeiten der Prävention von Kriminalität, Gewalt und Extremismus sowohl durch pädagogische Ansätze als auch mit Hilfe struktureller Verbesserungen bei der Sozialraumaktivierung.

Das DFK regt zum Handeln mit den Wissensangeboten der Website www.kriminalpraevention.de an, insbesondere auch mit den Broschüren „Gelingensbedingungen der Prävention von Gewalt in Kindes- und Jugendalter“ sowie mit der in Kürze erscheinenden Überarbeitung des Leitfadens „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement“.



Das Bundesministerium des Innern bietet zur Vertiefung die Broschüre „Theorie und Praxis des gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus“ an.



Auch auf die wissenschaftlichen Gutachten und viele Beiträge zum 13. und 14. Deutschen Präventionstag (DPT, www.praeventionstag.de) wird gerne hingewiesen, ebenso auf das Thema „Bildung – Prävention – Zukunft“ beim 15. DPT am 10. und 11. Mai 2010 in Berlin.